

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

№. 134

Dienstag, den 12. Juni 1923

18. Jahrgang

Die Wirtschaftsverhältnisse im Saargebiet nach dem Friedensvertrag.

Niel zu wenig beachtet und über man im unbesetzten Deutschland vom Saarrevier. Und gerade der stille und doch so zöde Kampf der Bewohner dieses für 15 Jahre unter die Verwaltung einer sogenannten Völkerbundregierung gestellten urdeutschen Gebietes mühte immer wieder im Stillen die Rede sein. Man soll im Saarland wissen und wissen, daß wir uns eins fühlen mit seinem Leid und seinem Kampf, aber auch mit seinen Hoffnungen die trotz aller französischen Drangsalierungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nicht erloschen sind und auch nicht erlöschen dürfen, wenn wir nicht nach Ablauf der 15jährigen Frist dieses wertvollen Landes endgültig verlustig gehen wollen.

Als sehr dankenswert kann es daher bezeichnet werden, daß auf einer Jureit von der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ gemeinsam mit den rheinischen Landesmannschaften im ehemaligen Herrenhaus in Berlin veranstalteten „Ruhr-, Rhein- und Saarausstellung“ der rührige Bund „Saarverein“ mit gutem und belehrendem Material vertreten ist und erfolgreich für die Sache seiner engeren Heimat wirbt.

In wie leichtfertiger Weise der sogenannte Völkerbund Frankreich, sei es mittel- oder unmittelbar das „Patronat“ über das deutsche Saargebiet ausüben läßt, erhellt aus einer Erklärung des Unterstaatssekretärs im Foreign-Office, Mac Neill, im Unterhaus, nach der die englische Regierung die obligatorische Franzosenführung im Saarland erfahren habe, ohne daß London über diese Maßnahmen vorher offiziell verständigt worden sei.

Ein Ueberblick über die Produktionsentwicklung des Saarbergbaues zeigt uns, daß in den Saargruben nach der erstmaligen faktischen Ausnahme im Jahre 1750 2400 Tonnen Kohle gefördert wurden; im Jahre 1790 wurden von einer Belegschaft von 850 Mann 50 000 Tonnen, im Jahre 1921 von einer Belegschaft von 71 888 Mann 9 465 000 Tonnen gefördert. In Ausführung des Versailler Bergverwaltungsvertrages fand am 17. Januar 1920 die Eigentumsübertragung der Saargruben an den französischen Staat statt, in dessen Auftrag die französische Verwaltung die Leitung der Gruben übernahm. Dort waren die Verluste, die der blühenden Industrie des Saarlandes durch die Auswirkungen der Versailler Bedingungen ausgefüllt wurden. Von ihnen wurden ganz besonders die großen Unternehmungen der Gebr. Stumm und Gebr. Hühling betroffen. Der saarländische Besitz der Gebr. Hühling wurde in zwei Aktiengesellschaften eingebracht, an denen sich zu 60 bezw. 40 Prozent französisches Kapital vorzugsweise der Hauts-Journeaux et Fonderies de Pont-a-Mousson beteiligte. Mehrfache Ueberforderungsaktionen saarländischer Industriebetriebe finden wir bei der Halberner Hütte, die ihre Gewerkschaft Mülke in Mergingen verlor, bei den Dillinger Hüttenwerken, den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Gösch, Mühlungen, den Hütten- und Stahlwerken Riffingden und Burbach, die alle französisches Kapital zu 60 Prozent und mehr aufzunehmen gezwungen wurden. Auch das Eisenwerk Fraulautern ging in französische Hände über und wurde in die französische Gesellschaft Smaileries Reunis et Forges de Creil de la Sarre eingebracht. Andere Werke wie die Kleinleisen- und Schraubenfabrik F. Racher, C. Roth u. Co., die Haly-Saarbrücker-Hartsteinindustrie A.-G. und die Gebr. Wt. A.-G. verlegten ihre Hauptstelle aus dem Saarland in das unbesetzte Gebiet.

So hat es Frankreich verstanden, auf die Wirtschaftslage im Saarrevier seit Inkrafttreten des Friedensvertrages sich 1. durch Uebernahme der Gruben, 2. durch die Zollmaßnahmen und 3. durch die Währungsfrage maßgebenden Einfluß zu sichern. Wie sich die Verhältnisse unter den gegebenen Umständen weiter entwickeln, insbesondere, wie die Aussichten für die Zeit nach dem 10. Januar 1925, dem Termin der Aufhebung der Zollfreiheit für die deutschen Produkte sich gestalten werden, ist heute kaum voraussehbar. Das Saargebiet wird nach manchen schweren wirtschaftlichen Stürmen abwehnen müssen, und letzten Endes hängt auch seine Zukunft von der Entwicklung der deutschen Gesamtlage ab.

Amerikanische Politiker und der Frieden der Welt.

Beschließens hervorragende Senatoren unter Führung von Borah hatten dem Präsidenten Harding einen Besuch ab, um ihn zu veranlassen, Erklärungen abzugeben über die in seiner Memorial Day Rede (5. Juni) enthaltene Versicherung, daß die Vereinigten Staaten „ihren ganzen Einfluß einsetzen werden, um den Frieden in der Welt aufrecht zu erhalten“. Die Senatoren blieben einige Stunden im Weißen Haus in Washington in Besprechung mit dem Präsidenten. Umgekehrt einer neuen Währungsweise sei es notwendig, die wichtigsten Nationen der Welt zu dieser Konferenz einzuladen. Alles zeige auf erneute Währungsmaßnahmen. Eine starke britische Flottenbasis in Singapur, in der Nähe der Philippinen, müßte Amerika veranlassen, ebenfalls eine starke Basis dort ins Auge zu fassen.

Deutschland, so erklärte Senator Borah weiter hat zwar faktisch keine Unterseeboote und Flugzeuge. Ist aber in der Lage, durch seine chemische Industrie die Armeen der ganzen Welt zu versorgen. (?) Deshalb müßte Deutschland zur Konferenz eingeladen werden. Auch Rußland müßte zugezogen werden.

Präsident Harding erklärte, er halte die Einberufung einer neuen Währungskonferenz nach derartigen von Washington im Jahre 1921 für überflüssig. Trotzdem sei er bereit, wenn die Notwendigkeit vorhanden sei, eine Konferenz im Sinne der Senatoren einzuberufen.

Staatssekretär Hughes fügte hinzu, er sei nicht der Meinung, daß Präsident Harding den ersten Schritt zu einer solchen Konferenz tun sollte, solange nicht das Reparationsproblem gelöst sei. Nach einer befriedigenden Lösung dieses Problems könne eine solche Konferenz ins Auge gefaßt werden.

Englands eigene Wege.

Als Ergebnis der bisherigen diplomatischen Verhandlungen lassen sich zwei Tatsachen mit einiger Sicherheit erkennen: Frankreich schlägt den übrigen Mächten vor, zunächst von der deutschen Regierung das Aufheben des passiven Widerstandes zu verlangen und erklärt sich weiterhin bereit, mit den Mächten über die Reparationsfrage auf der Grundlage des französischen Januarplanes zu verhandeln, bei welchem bekanntlich die Schuldfrage eine wesentliche Rolle spielt. Frankreich verlangt also damit in der Tat eine platte Annahme seines Standpunktes durch die englische Regierung, und nach den Informationen des „Daily Telegraph“ hat Boincare in diesem Sinne eine zweite Mitteilung in London vorlegen lassen, die im Ton nach autoritativ sein soll als die vom vorigen Freitag. Die dadurch entstandene Lage sei unhalbar, besonders keine Bürgschaft dafür bestehe, daß selbst nach einer Einstellung des passiven Widerstandes das deutsche Memorandum von Frankreich berücksichtigt werden würde.

England will wieder frei werden.

„Daily Chronicle“ schreibt, das deutsche Angebot biete eine wirkliche Gelegenheit, alle Parteien zu einer Erörterung zusammenzubringen. Die Ruhrfrage müsse jedoch ausgespart werden, wenn die Franzosen und Engländer über die Reparationsfrage ein Uebereinkommen wollten. Trotzdem hätten die Franzosen England ersucht, sich ihrer Forderung anzuschließen, daß die Deutschen den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstellen, bevor Verhandlungen eröffnet würden. England solle somit die Neutralität dessen zugeben, was seiner Ansicht nach illegal sei. Wenn auf dieser Forderung bestanden werde, so hätte die Beratung seinen Zweck. Wenn die Franzosen wirklich Reparationen wollten, so würde England ihnen helfen, alles zu bekommen, was man von Deutschland verlangen könne und werde ihnen in der Frage der Schuld an England entgegenkommen. Befehle aber Frankreich auf dem, was Lloyd George die Einsetzung der Macht über das Reich genannt habe, so dürfe England nicht weiter mit Frankreich zusammengehen. England müsse es ablehnen, sich weiterhin von Frankreich mitziehen zu lassen und müsse eine britische Politik befolgen in Gemeinschaft mit seinen Freunden, die bereit seien mit England in der Sache des Friedens und des Aufbaues der Welt zusammenzuwirken.

Fortdauer der Ruhrbesetzung unmöglich.

„Westminster Gazette“ sagt: Da, wie erklärt wird Mac Kenna einen von Baldwin und Curzon gebilligten Plan zur Frage der Reparationen und der alliierten Schulden hat, sei es wünschenswert, daß er so schnell wie möglich in die Lage komme, seinen Absichten Wirksamkeit zu verleihen. Auf dieser Seite des Kanals werde nichts mehr gewünscht als die Gelegenheit, zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Aber wenn eine solche Vereinbarung davon abhängig gemacht werde, daß England die Fortdauer der Besetzung des Ruhrgebietes billige, so sei dies unmöglich, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland, wenn sich das Ruhrgebiet in französischen Händen befindet, beim besten Willen seine Hilfsschulden nicht entwideln und es seine Schulden nicht bezahlen könne. Bevor diese Antwort an Deutschland erteilt werde, sei es äußerst wünschenswert, daß die Mächte untereinander besprochen.

Times zur Aufgabe des passiven Widerstandes.

Der Finanzredakteur der „Times“ bestätigt den ausgesprochen günstigen Eindruck, den das deutsche Memorandum in der City hervorgerufen hat. Deutschland wolle alles wirtschaftlich überhaupt Mögliche tun, und die Haltung Frankreichs ist daher der englischen Geschäftswelt unverständlich. Die französische Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes hält man für vollkommen undurchführbar. In einflussreichen Kreisen wird erklärt, daß, wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, die Frage einer unabhängigen Aktion aktueller werde, die eine vollständige deutsche Wirtschaftskatastrophe noch verhindern könne. — Auch der „Daily Telegraph“ erklärt, daß die französisch-belgische Aktion in der Frage des passiven Widerstandes rein negativ sei und keineswegs den Weg für zweckdienliche Erörterungen eröffne.

Verhandlungen möglich.

Die „Times“ schreiben weiter: Trotz aller Hindernisse, die in Paris und bis zu einem gewissen Grade in Brüssel gegen die günstige Ausnahme der Deutschen Vorschläge errichtet würden, scheine in allen drei Hauptstädten der wachsende Eindruck vorzuherrschen, daß diese Note einen ausgesprochenen Fortschritt gegenüber der vorherigen Note darstelle, und daß sie den Weg für aufrichtige und fruchtbare Verhandlungen eröffnen müsse. Es sei die Aufgabe der britischen Regierung, einen festen Grund zu finden, von dem man sich den Schwierigkeiten nähern könne. Dieser Grund könne gefunden werden in der endgültigen Festlegung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und in dem Versuch, den Betrag und die Zahlungsmethoden zu regeln. Die deutsche Note beschränke sich auf diese eine Frage und ihre Bedingungen seien derart, daß die britische Regierung sie nicht ablehnen dürfe.

Auf Frankreichs Mitwirkung kann verzichtet werden.

Nach dem diplomatischen Verfall der „Daily News“ befriedigt das deutsche Memorandum alle Erwartungen. Die Reparationsfrage wird von Baldwin, Curzon und Mac Kenna behandelt. Frankreichs Mitwirkung in der Frage des internationalen Ausschusses sei keineswegs unerlässlich. Großbritannien und Staaten würden nicht die geringsten Schwierigkeiten finden, die Dienste der höchsten Finanzautoritäten in Amerika und den meisten europäischen Ländern sich zu sichern. Es sei keineswegs unmöglich, daß eine solche Kommission ernannt werde. Frankreich werde dann zu dem Verzicht dieser Kommission Stellung nehmen können, wenn er veröffentlicht wird. Der praktische Plan, der bisher ausgearbeitet worden sei, sei nach allgemeiner Auffassung der Bericht Keynes und Brand-Kassel vom vergangenen November.

Lloyd George wünscht eine neue Belgienklärung.

Lloyd George erklärte in einer Rede, zwei neue Belgienklärungen seien in den letzten Wochen entstanden. Im Osten habe Polen ohne Berechtigung Warschau annektiert. Was habe sich jenseits des Rheines ereignet? Ein Angebot sei erfolgt, die Reparationsfrage einem unparteiischen Tribunal zu unterbreiten. Werde es angenommen werden oder werden Frankreich und Belgien erklären: Nein, wir haben die Macht, warum sollen wir uns einem Tribunal unterwerfen? Wir haben ein Deer, wir haben Kanonen, laßt sie entscheiden! Lloyd George schloß, wenn nicht eine neue Bestimmung in der Welt entstehe, dann verzweifelte er an der Zukunft der Abwicklung.

Ueberblick.

Im ganzen wird die Situation im „Daily Telegraph“ in folgender Weise zusammengefaßt: Für die englische Regierung ist die Lage im Augenblick ungewiß, belästigt und überaus beunruhigend. Es besteht eine Unsicherheit in gewissen Grenzen haltende Entschlossenheit des Milieus für Deutschland und ein tiefes und dauerhaftes Gefühl der Freundschaft für Frankreich. Aber wenn die Mächte sich weigern, sowohl politisch wie auch wirtschaftlich eine andere als ihre eigene Ansicht in Betracht zu ziehen, so wird für die Dauer für das englische Kabinett nichts anderes übrig bleiben, als sich ausschließlich auf die Wahrung der englischen Interessen zu beschränken.

Die Neutralen und das deutsche Memorandum.

Das deutsche Angebot wird in der Schweiz günstig aufgenommen und allenthalben als Waffenschein gesehen. Die „Nationalzeitung“ schreibt, das deutsche Memorandum biete für jeden, der ernstlich verhandeln will, eine brauchbare Verhandlungsgrundlage. Auch das „Journal de Geneve“ sieht einen klaren Fortschritt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ betont, daß die neue deutsche Note sich in der Form

den Untere...
das Sonn...
pferd-...
SLUB
Wir führen Wissen.